

Münchener Sicherheitskonferenz verändern!



Unsere Vision ist eine Münchener Konferenz für Friedenspolitik
Our Vision is a Munich Conference for Peace Policy

Projektgruppe „Münchener Sicherheitskonferenz verändern“ e.V. • Projektzeitung Nr. 15 • Februar 2020

Liebe Freundinnen und Freunde des Friedens, was sind das für Zeiten, in denen wieder nach neuer deutscher Verantwortung im Sinne von Aufrüstung und weltweitem militärischen Einsatz verlangt wird und der Internationalen Münchener Friedenskonferenz (IMFK) Antisemitismus unterstellt wird? Durch deren Absage fehlt nun leider ein Forum, auf dem über neue Sicherheit durch gewaltfreie Konfliktbearbeitung und jegliche gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geredet werden kann. Wir greifen deshalb solche Themen hier auf: „Deutsche Verantwortung“ mit Fragezeichen (→ S.1). „Sicherheit neu denken“ (→ S.4) als hoffnungsvoller neuer Weg ohne Militär. Worüber leider kaum geredet wird ist der Zusammenhang von Militär und Klimakrise (→ S.7), was besonders aktuell ist anlässlich des bedrohlichen NATO-Manövers „Defender 2020“. Der gar nicht „hirntote“, aber gefährliche Zustand der NATO im Artikel „NATO – paranoid?“ (→ S. 10). Als hoffnungsmachendes Beispiel ein Artikel über die Zentralafrikanische Republik und die Rolle der Religion dabei (→ S. 11). Auch wenn der Dialog mit Botschafter Ischinger weitergeht, die Podiumsdiskussion mit ihm hat nach wie vor tiefgreifende Divergenzen deutlich gemacht (→ S. 6). Wie es zur Absage der IMFK kam ist ein Lehrstück über interessengeleitete Kommunikation (→ S. 9). Da warten noch viele Aufgaben auf uns! Erwin Schelbert

Das kleine Portrait: Elke Koller



Sie erhielt den **Aachener Friedenspreis 2019** für den **"Initiativkreis gegen Atomwaffen in Büchel"**. Die Preisträgerin und ihre Mitstreiter setzen sich seit Jahren für einen **Abzug**

der **US-Atomwaffen** ein, die auf dem Fliegerhorst in Büchel lagern. Seit 1996 finden in Büchel regelmäßig Protestaktionen statt. Dabei ist die Gruppe vor Ort Anfeindungen aus der Bevölkerung ausgesetzt. Elke Koller erklärte, die Auszeichnung setze ein wichtiges Zeichen gegen die Bedrohung durch das **neue atomare Wettrüsten**. Atomwaffen müssten endlich aus Deutschland verschwinden.

Inhalt dieser Ausgabe

- S.1 Deutsche Verantwortung?
- S.2 „Frieden leben - Partner für die eine Welt“
- S.3 Unsere Beobachter*innen
- S.4 Sicherheit neu denken
- S.6 Unser Dialog mit der MSC
- S.7 Friedensklima?
- S.9 Absage Friedenskonferenz 2020
- S.10 NATO-hirntod oder paranoid?
- S.11 Religion und Sicherheit
- S.12 Projektziele, Termine

„Deutsche Verantwortung“?

Die deutsche Außenpolitik befindet sich seit der Vereinigung und dem Ende der Ost-West-Konfrontation in einer Identitäts- und Orientierungskrise. Im Zentrum der Debatte steht die Frage, welche Ziele Deutschland, auf welchen Wegen und basierend auf welchen Werten verfolgen sollte. Den Nukleus des Diskurses bildet der Kampf um Deutungshoheit über zwei zentrale Begriffe: Wie ist deutsche Verantwortung zu definieren und ist die Übernahme einer Führungsrolle Teil derselben? Die hierzu vorgetragenen Antworten werden in aller Regel als Resultat einer rationalen Analyse der Realitäten der weltpolitischen Lage legitimiert. „Distribution of Capabilities“, „neuere Bedrohungslagen“ Sicherheitsbegriff und Risikoanalytische Konzepte. Und als zentrale Stimmung fungiert der leere „Leere“. Doch dies erweist sich als Fehlorientierung. Die Frage müsste vielmehr und in der Frage der Ethik begriffen handeln, wenn wir auf das Gute und bezieht sich Antwort auf die deutsche Gesellschaften oder die Weltgesellschaft?



Angesichts sowohl des transnationalen Charakters der biosphärischen Auswirkungen des Klimawandels, des Rückgangs der Artenvielfalt, von Bodendegradation und Wassermangel, der Belastungen durch Chemikalien als auch der besonderen historischen Verantwortung des deutschen Nationalstaats, dem Frieden der Welt zu dienen, kann ein ethisch fundiertes Ziel deutscher Außenpolitik darin bestehen, mit aller Macht für ein Gutes Leben aller Menschen der Erde zu streiten und das inzwischen politisch de facto vollkommen ausgehöhlt Konzept der Zivilmacht entschlossen zu erneuern und sogar weiter zu ergänzen. Eine Außenpolitik, die von einem Denken in militärischen Bedrohungslagen und zwischenstaatlicher Konkurrenz geprägt bleibt, steht diesem Ziel im Weg. Sie lenkt von der eigentlich zentralen Frage, was ist im Jahr 2020 das Gute und wie sollten wir entsprechend handeln, ab und stabilisiert und reproduziert ein anachronistisches Denken.

Fortsetzung S. 2 ►

► **Fortsetzung** von Seite 1:

Anstatt zum Beispiel die Rüstungsausgaben zu erhöhen und damit der Logik des zwischenstaatlichen Gegeneinanders, des Misstrauens, der Bedrohungswahrnehmungen und des Konkurrenzdenkens zu folgen, würde es dem Guten zweifelsohne mehr dienen, die Erosion der Rüstungskontrollverträge zu stoppen und neue globale Regime der Abrüstung nuklearer wie konventioneller Waffensysteme, unter Einschluss Chinas, Russlands, Indiens, Pakistans, Saudi Arabiens, Brasiliens und aller Mitglieder der Vereinten Nationen, zu forcieren. Statt den im vollen Gang befindlichen Rüstungswettlauf zu befeuern, würde es dem Guten Leben - und der Sicherheit - der Menschheit dienen, die frei werdenden Ressourcen z.B. in den Global Climate Fund der Vereinten Nationen umzuleiten, so dass die jahrhundertlang ausgebeuteten und unterworfenen Gesellschaften der Erde nun jene Hilfe erhalten, die ihnen zusteht, um die Folgen der von den OECD-Staaten maßgeblich zu verantwortenden Klimakrise wenigstens etwas mildern zu können und sich auf das nicht mehr abwendbare Szenario einer +1.5Grad-Welt anzupassen. Zu begreifen, dass die Sicherheit aller Menschen der Erde in erster Linie durch Habsucht, Konkurrenzdenken und Angst gefährdet wird, während die Menschheit wohl noch nie zuvor so sehr auf Kooperation und Vertrauen angewiesen war und sich angesichts der ökologischen Vielfachkrise auf ein Zeitalter der ökonomischen Schrumpfung, gestrandeter Vermögenswerte einer unhaltbaren fossilen Energieinfrastruktur, die Friktionen einer umfänglichen sozio-ökonomischen Transformation, jedenfalls auf eine Ära der Suffizienz vorbereiten muss, ist Verantwortung aller Staaten der Erde und zwar zuvorderst der europäischen Staaten. Und Deutschland schuldet es angesichts seiner gar nicht allzu entfernten Vergangenheit der Welt und seiner eigenen Ehre, zu jenen zu gehören, die dem Guten zuerst, mit größtmöglicher

Ernsthaftigkeit und Tapferkeit und bis zuletzt dienen. Ein Deutschland, das seiner Verantwortung für die Welt jedoch durch eine Hegemonie über Europa, durch Führung aus der Mitte, „gerecht“ werden möchte, mit dem Ziel, diesen Staatenverbund durch eine keineswegs schicksalhaft, sondern aufgrund auch der eigenen Solidaritätsverweigerung, immer bedrohlichere Züge annehmende Welt zu „lotsen“, wird scheitern. Zumal dann, wenn es weiterhin von der kaum zu übersehenen Absicht geleitet wird, die deutschen Außenhandelsüberschüsse, auch im intra-europäischen Handeln, auf Dauer zu stellen und sich hartnäckig einer echten Vergemeinschaftung mit den europäischen Partnern verweigert, gleichzeitig aber immer lauter Führungsansprüche reklamiert und Solidarität einfordert. Der junge Joschka Fischer hätte dies Mitte der 1990er Jahre wohl noch auf den Begriff „Risiko Deutschland“ gebracht. Deutsche Außenpolitik scheitert seit Jahren und wird auch weiterhin gleich doppelt scheitern: Ethisch, weil sie nicht dem Guten dienen mag und zugleich strategisch, da sie nicht begreift, dass nicht mehr länger die ökonomischen, sondern die ökologischen Realitäten den Verlauf der Menschheitsgeschichte bestimmen werden und jedes Jahr der Verleugnung dieser Realität, die Kosten der Krise immer weiter vergrößert. Diese Realitäten zu akzeptieren, darauf zu reagieren, dabei eine neue, solidarische Weltpolitik geduldig und aufrichtig gegenüber der eigenen Bevölkerung zu begründen und zu erklären, weshalb die deutsche Verantwortung in der Vergemeinschaftung der eigenen Potentiale besteht, wird Demokratie langfristig eher stabilisieren, als aus Sorge vor Stimmzuwachsen rechtspopulistischer Parteien in Untätigkeit zu verharren.

*Ein Gastbeitrag von PD Dr. Ulrich Roos,
Akademischer Rat, Lehrstuhl für Internationale Politik und
Friedens- und Konfliktforschung, Universität Augsburg.*

„Frieden leben. Partner für die eine Welt“

Gemeinsames Jahresthema der Hilfswerke und Diözesen 2020

Im Kirchenjahr 2020, das mit dem Advent 2019 begonnen hat, machen Adveniat, das Kindermissionswerk „Die Sternsinger“, Misereor, Renovabis und missio das Themenfeld *Frieden* zum Inhalt ihrer jeweiligen Kampagnen. Sie wollen dadurch das weltweite Friedensnetz, zu dem auch sie gehören, sichtbar machen und stärken. Internationale Gäste werden dazu im Laufe des Jahres in allen Diözesen Deutschlands unterwegs sein und ihre Friedens- und Versöhnungsarbeit vorstellen.

Der Alltag vieler Menschen und Völker ist von akuter und struktureller Gewalt gekennzeichnet. Bürgerkriege hinterlassen ihre Spuren, Kriminalität und Drogenhandel prägen die Gesellschaften. Millionenfach sind Menschen Handelsware und werden versklavt, es herrschen ungerechte, ungleiche Besitzverhältnisse weltweit.

In vielen Regionen der Erde setzt sich auch die katholische Kirche für nachhaltigen und gerechten Frieden ein. Dazu gehört die gezielte Präventionsarbeit ebenso wie die Präsenz in Konfliktsituationen, Versöhnungsarbeit und Angebote der Traumabewältigung. Interreligiöse Dialoginitiativen stellen eine wichtige Ressource für die Friedenssicherung dar, wo, wie beispielweise in der Zentralafrikanischen Republik, Glaube und Religion zu politischen Zwecken missbraucht wurden oder werden. Kirchliche Institutionen bieten vielerorts neutrale Räume, in denen Konfliktpartner einander begegnen können.

Die katholischen weltkirchlichen Hilfswerke in Deutschland pflegen vielfältige Kontakte zu Friedensarbeiterinnen und -arbeitern weltweit: Menschen, die in Konflikten vermitteln, gewaltfreie Lösungsstrategien einüben, sich für Menschenrechte und gegen Korruption einsetzen oder mitten in Zerstörung und Gewalt Orte aufrechterhalten, an denen Menschen leben und Perspektiven entwickeln können. Auf diese Weise entsteht ein wertvolles, weltumspannendes Netzwerk, in dem sich konkrete Erfahrungen aus der Friedensarbeit bündeln.

Aus dem Impulspapier zum Jahresthema „Frieden leben. Partner für die eine Welt“

Von Katja Heidemanns und Dr. Gerhard Rott; bearbeitet von Ruth Aigner



Was unseren Beobachter*innen auf der Sicherheitskonferenz 2019 aufgefallen ist

Anja Ufermann:

The Great Puzzle: Who Will Pick Up the Pieces?

Die Frage blieb bis zum Ende der Konferenz unbeantwortet. Vermutlich gab es z.T. konstruktiven Austausch, eventuell sogar Annäherung in den rund 2500 bilateralen Gesprächen hinter verschlossenen Türen. Im öffentlichen Teil blieb es jedoch bei den gewohnten Statements. Vielfach beschworen die Verteidigung der demokratischen Werte, ohne jegliche Reflexion, ob diese vom Westen gelebt werden, jedoch mit klarer Anspruchshaltung Russland und China gegenüber. Die Verteidigungsministerin bekannte sich zur NATO, zum 2% Ziel und zu einer starken Europäischen Verteidigungsunion. Die im Vorfeld geäußerte Kraft diplomatischer Bemühungen fand sich lediglich in der Rede der Bundeskanzlerin, die für Multilateralismus und die Einbeziehung aller in eine europäische Ordnung eintrat. Ihr Appell für mehr Kooperationsbereitschaft in der internationalen Politik, sich „in die Schuhe des anderen zu versetzen“ und nach „Win-Win-Lösungen“ zu schauen, blieb, wie im Rückblick auf das Jahr zu erkennen, ungehört.



Thomas Mohr:

Stichpunkte meiner sechsten Konferenzteilnahme

Ein großer Treffpunkt: In gewissem Umfang kann ich selbst Netzwerkarbeit betreiben.

Eine Bühne: Konflikte und die lautesten Polterer (US-amerik. Vizepräsident, iran. Außenminister) bekommen die Medienaufmerksamkeit.

Der Geist der alten Wehrkundetagung: Eröffnung der Konferenz durch zwei Verteidigungsminister, v. d. Leyen verkündet stolz, dass dt. Wehretat seit 2014 um 36 % erhöht. Russland als alleiniger Schuldiger für Aufkündigung des INF-Vertrags; einseitiges Feindbild-Denken, das nicht dem Frieden dient. Rüstungs-

firmen und Verteidigungsministerium nach wie vor wichtige Sponsoren. Der Planer der MSC, Dr. Franke zeigt sich durchgehend in Uniform.

Charmantes Programm: Themen Nukleare Rüstungskontrolle, Klimawandel, menschliche Sicherheit erstmals im großen Saal, der dabei allerdings nicht üppig gefüllt. Frauenanteil auf diesen Podien bemerkenswert; K. Naidoo (Amnesty International): „Quotenmann“.

„Klimawandel“: eindrückliches Referat von Prof. Schellnhuber. „Syrien“: durchsetzungsfähige Moderatorin Doucet; UN-Vermittler Pedersen sehr geschickt stehend in die prominent besetzte Podiumsdiskussion (USA, Russland, Türkei, Libanon, Arabische Liga) einbezogen. Prominente Rolle Chinas bemerkenswert.

Mein persönlicher Höhepunkt: Mittagessensveranstaltung der Robert Bosch Stiftung zu Konfliktmediation „Soll man mit bewaffneten Gruppen reden?“; Beiträge der norwegischen Außenministerin, des UN-Vermittlers für Libyen G. Salamé und (im Publikum) von L. Brahimi äußerst qualifiziert; ca. 60 Anwesende, darunter Politiker/innen, Fachleute für Konfliktbearbeitung.

Gegen die Konferenz demonstrieren? Hauptkritikpunkt ist die Politik vieler der dort versammelten Politiker/innen. Daneben das Werben für militärische Sicherheit und Aufrüstung, für die NATO und die Militarisierung der EU. Und: Welchen Interessen dient die zunehmende Bedeutung von Sponsoren aus der Wirtschaft?

Eine Konferenz für Friedenspolitik, die sich mit den wichtigsten Hausaufgaben der Menschheit befasst: Das ist die MSC leider immer noch nicht!

Die ausführlichen Berichte finden sich hier:

www.mskveraendern.de/konferenzbeobachtung/

Beobachter*innen-Perspektive für die Sicherheitskonferenz 2020

Auch 2020 wieder Beobachterin: Anja Ufermann

Botschafter Ischinger benennt als mögliche entscheidende Frage für 2020, ob die deutsche (und EU-) Außen- und Sicherheitspolitik gezwungen werden, sich von der Politik der Zurückhaltung zu verabschieden. Wie kann Verantwortungsübernahme konkret aussehen? Wie kann Europa Stärke zeigen und Vorbild für andere sein? Statt deutsche und europäische Interessen weiterhin durchsetzen zu wollen, könnten für eine nachhaltige Stabilisierungspolitik konkrete Schritte eingeleitet werden in Bezug auf Konfliktprävention, Konfliktbeendigung sowie Bearbeitung der Fluchtursachen. Ob ein oder mehrere europäische Länder dazu bereit sind? Ob andere Länder die Notwendigkeit des Umdenkens vom Egoismus hin zu einer Haltung von „es gibt mich und andere und unsere Bedürfnisse sind gleichwertig“ erkannt haben? Where are the Changemakers?



Neu als Beobachter: Hubert Heindl

Zwei Milliarden Menschen leben in Konfliktzonen, in denen weder Staat noch jegliches Sicherheitsorgan ihre Situation lösen. „Wenn Du den Frieden willst, rüste zum Krieg“ funktioniert offensichtlich nicht. Die Frage bleibt, wann sich das auch auf Sicherheitskonferenzen rumspricht.

Als junger Wehrdienstleistender habe ich das verstanden und mich als Kriegsdienstverweigerer aus der Armee entlassen. Ich habe auch verstanden, dass Verweigerung sich in ein proaktives Tun für Frieden wenden muss. Inzwischen bin ich Leiter eines Programms afrikanischer Friedensaktivisten, die sich in Konfliktzonen ihres Kontinents begeben und mit „Menschen Guten Willens“ dort „trotz allem“ Versöhnung und Frieden zum Wachsen bringen.

Mit dieser Erfahrung im Rücken werde ich meine Beobachtungen sorgsam darauf richten, ob und wie die Versammlung sich der Realität zu stellen traut, dass Militär und autoritäre Sicherheitskräfte Teil des Problems von Krieg und Gewalt sind. Werden in München Räume geöffnet für Reflexion und internationale Vernetzung, um Sicherheit neu zu denken?

Verantwortung übernehmen – Sicherheit neu denken

Mit zivilen Instrumenten eine nachhaltig wirksame Sicherheitspolitik gestalten

Deutschland und Europa sollen und wollen mehr Verantwortung für ihre Sicherheit übernehmen. Unsere Verteidigungsministerin und CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer versteht darunter die Ausweitung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr – die gleichzeitig auch der Durchsetzung deutscher Interessen dienen sollen.

Dabei zeigen zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen, dass die Wirksamkeit von Militäreinsätzen im Ausland zur Erreichung politischer Ziele sehr gering ist.

So kommt die bislang umfassendste Untersuchung zur Effektivität militärischer Interventionen der fünf ständigen Sicherheitsratsmitglieder als politischem Instrument im Zeitraum 1945 bis 2003 zu dem Schluss: „Gegen die historisch vielfach zu beobachtende starke Zuversicht nicht nur militärischer, sondern auch politischer Entscheidungsträger in die Erfolgsaussichten militärischer Gewalt sprechen die Ergebnisse jener Untersuchungen, die eine große Zahl von Militäreinsätzen in den Blick nehmen und sie statistisch auswerten.“¹ Zum gleichen Schluss kommt auch Oberst Prof. Dr. Matthias Rogg von der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.²

Weiter heißt es dort: „Territorien lassen sich verteidigen oder erobern, Regime stürzen, aber politische Ziele nur schwer mit militärischer Gewalt erzwingen, besonders dann, wenn der Einsatz sich gegen nichtstaatliche Akteure richtet.“³ „Gegenüber nichtstaatlichen Akteuren in Gestalt von Guerillabewegungen haben externe militärische Einsätze eine recht geringe Erfolgsaussicht“ bestätigt eine weitere Studie.⁴ „Nicht Demokratie, vielmehr eher Bürgerkrieg und Chaos folgen nach dem Sturz eines fremden Herrschers“ – diese in Afghanistan, Libyen und dem Irak sehr anschauliche Tatsache ist ebenfalls wissenschaftlich belegt.⁵

¹ Rudolf, Peter: Sind Militäreinsätze erfolgreich? Zur Evaluation von Militäreinsätzen. Friedenstheologisches Lesebuch, Kirchenamt der EKD (Hrsg.), S.247 mit Verweis auf Sullivan, Patricia L. / Koch, Michael T. (2009): Military Intervention by Powerful States, 1945–2003, in: Journal of Peace Research 46, S. 707–718.

² „Schließlich ist der Einschätzung zuzustimmen, Kriege seien ‚stets von Wunschdenken und Machtphantasien geleitet und das Potential militärischer Interventionen werde ‚chronisch überschätzt‘. Sowohl kultur-anthropologisch als auch militärhistorisch finden sich zahlreiche Beispiele, die diese Thesen belegen.“ – Vortrag beim Studientag der Evangelischen Landeskirche in Baden am 28.04.2018, https://www.ekiba.de/html/content/veroeffentlichung_2018.html

³ dito wie Fußnotwe 1

⁴ Yall, Jason / Wilson, Isaiah (2009): Rage against the Machines: Explaining Outcomes in Counterinsurgency Wars, in: International Organization 63, S. 67–106

⁵ Downes, Alexander B. / Monten, Jonathan (2013): Forced to Be Free? Why Foreign-Imposed Regime Change Rarely Leads to Democratization, in: International Security 37, S. 90–131.

Auch das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) hat festgestellt, dass Gewaltkonflikte durch Interventionen häufig mehr Opfer fordern, länger dauern und schwieriger durch eine Verhandlungslösung beizulegen sind.⁶

Im Dezember 2019 von der Washington Post veröffentlichte Untersuchungsberichte des US-Militärs belegen beispielhaft eine erschreckende Ahnungs- und Wirkungslosigkeit des US-Militärs in Afghanistan⁷:

Laut einem anonymen Mitarbeiter des Nationalen Sicherheitsrates ist es „nicht möglich, Fortschritte in Afghanistan zu messen - die Messzahlen sind immer manipuliert worden.“ Sonder-Generalinspektor Sopko, der den Bericht verfasst hat, gesteht: „Das amerikanische Volk ist fortlaufend über den Verlauf des Krieges angelogen worden.“

Der unter den US-Präsidenten George W. Bush und Obama für die Afghanistan-Strategie verantwortliche Dreisterne-General Lute kommt zu dem Schluss „Wir wussten nicht, was wir tun“. Michael Flynn schließlich, Trumps erster Nationaler Sicherheitsberater, General der US-Armee im Ruhestand, der mehrfach auch selbst in Afghanistan diente, sagt aus: "Wir hatten keine Ahnung was wir in Afghanistan taten. Wenn die amerikanische Öffentlichkeit geahnt hätte, wie groß das Ausmaß der Ahnungslosigkeit war...".

So ist es nicht verwunderlich, dass selbst die konservative Tageszeitung Die Welt am 6.10.2019 in einem Kommentar zu dem Schluss kommt: „Käßmann hatte Recht, was Afghanistan anbelangt.“⁸

Insbesondere die Vermischung eigener wirtschaftlicher Ziele mit militärischen Auslandseinsätzen führt zur Verstetigung oder gar Eskalation der Konflikte, die man angeblich lösen möchte. Militärische Akteure in einem Auslandskonflikt mit eigenen wirtschaftlichen Interessen verlieren schnell ihre politische Glaubwürdigkeit. So war und ist die erfolgreiche Rolle Deutschlands als Vermittler im Friedensprozess für Libyen gerade erst dadurch möglich, dass Deutschland dort nicht militärisch aktiv ist.

Fortsetzung S. 5 ►

⁶ SIPRI (2016): Yearbook 2016. Stockholm: Oxford University Press, S. 118.

⁷ Tagesschau.de vom 10.12.2019: "Bin Laden würde in seinem Grab lachen", <https://www.tagesschau.de/ausland/usa-afghanistan-krieg-101.html> (gegriffen am 24.01.2020 um 09:52)

⁸ <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article201475750/Afghanistan-Nichts-ist-gut-Kaessmann-hatte-recht.html>, gegriffen am 24.01.2020 um 09:58 Uhr

► Fortsetzung von Seite 4:

Sicherheits-Verantwortung neu denken

Das Szenario „Sicherheit neu denken – von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik“ der Evangelischen Landeskirche in Baden⁹ lädt dazu ein, eine Zukunft zu denken, in der wir pro Jahr 80 Mrd. Euro in die zivile Krisenprävention und eine starke UNO und OSZE anstatt in weitgehend wirkungslose Militärinterventionen investieren.

Eine konsequente Weiterentwicklung erprobter Instrumente ziviler Krisenprävention – wie sie u.a. im Umsetzungsbericht der Bundesregierung zum Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ aus dem Jahr 2014 beschrieben sind, eröffnet die Möglichkeit einer aktiven gewaltfreien Sicherheitspolitik. So könnte dem Szenario zufolge die OSZE zur handlungsfähigen polizeilichen



Grundlage des Szenarios ist der Ausbau bereits erprobter und realisierter Instrumente ziviler Krisenprävention sowie sozial und ökologisch gerechtes Wirtschaften, die Förderung nachhaltiger Entwicklung im Nahen Osten und Afrika sowie eine Wirtschafts- und Sicherheitspartnerschaft mit Russland bzw. der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Das Szenario stützt sich auch auf wissenschaftliche Studien wie die der US-Amerikanerinnen E. Chenoweth und M. J. Stephan, die anhand 460 untersuchter bewaffneter und unbewaffneter Konflikte im Zeitraum von 1900 bis 2015 nachweisen, dass und warum gewaltfreier Widerstand doppelt so erfolgreich ist wie gewaltsame Aktionen.¹⁰

⁹ siehe https://www.ekiba.de/html/content/download_bestellen_bersetzungen.html

¹⁰ Chenoweth, Erica; Stephan, Maria J. (2011): Why civil resistance works. The strategic logic of nonviolent conflict. New York, NY – dt. Zusammenfassung auf <http://www.ekiba.de/html/media/dl.html?i=86547> sowie Chenoweth, Erica, Stephan, Maria, How the world is proving Martin Luther King right about nonviolence, Washington Post vom 18. Januar 2016, <https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2016/01/18/how-the-world-is-proving-mlk-right-about-nonviolence/>, ge-griffen am 24.01.2020 um 10:37 Uhr

chen Sicherheitsorganisation in Europa ausgebaut werden. Die Bundeswehr könnte bis zum Jahr 2040 in ein Internationales Technisches Hilfswerk transformiert werden. Statt 200.000 Bundeswehr-Soldat*innen könnte Deutschland dann als Beitrag zu einer zukunftsfähigen und dauerhaft wirksamen europäischen Sicherheitspolitik u.a. 50.000 zivile Friedensfachkräfte ausbilden und im weltweiten Einsatz finanzieren.

Es gilt, die aktuelle Tendenz zur weltweiten militärischen Aufrüstung mittelfristig zu stoppen und durch eine intelligente, zukunftsfähige zivile Sicherheitspolitik zu ersetzen. Für einen solchen mittel- bis langfristigen Paradigmenwechsel setzt sich die Initiative „Sicherheit neu denken“ ein, in deren bundesweitem Koordinierungskreis aktuell 14 Organisationen eine entsprechende zivilgesellschaftlich-kirchliche Bildungskampagne gestartet haben.

Unsere Initiative ist eingeladen, nach der diesjährigen Münchner Sicherheitskonferenz unser Konzept dem stellvertretenden Vorsitzenden der MSC, Botschafter Boris Ruge, in Berlin vorzustellen.

Weitere Informationen siehe www.sicherheitneudenken.de

Ralf Becker, Koordinator der Initiative „Sicherheit neu denken“

Unser Dialog mit der MSC im Jahr 2019/2020

In mehrfacher Weise gab es 2019 Neues bezüglich unserer Kontakte mit der MSC, sowohl Positives als auch Negatives.

Wir hatten einige konkrete Vorschläge für die **MSC 2019** eingebracht (siehe Projektzeitung Nr. 14, S. 4). Von diesen Impulsen betreffend Iran, Nordkorea, Russland, Afghanistan, Friedensgutachten konnten wir im Programm der MSC 2019 leider nicht wirklich etwas finden. Allerdings wurde unsere Idee, einen russischen Vertreter zur öffentlichen MSC-Nachlese der Petra-Kelly-Stiftung einzuladen, von Dr. Franke aufgegriffen. Er bemühte sich redlich, wenn auch letztlich erfolglos, einen russischen MSC-Teilnehmer dafür zu gewinnen.

Umgesetzt werden konnte unsere Idee einer gemeinsamen öffentlichen **Veranstaltung** von MSKv und MSC mit Konferenzleiter **W. Ischinger** und C. Ronnefeldt (Versöhnungsbund). Sie fand am 9. Mai 2019 im Literaturhaus statt zum Thema „Friedens- und/oder Sicherheitspolitik: Gemeinsamkeiten und Unterschiede anhand aktueller Konflikte“ und war mit über 50 Teilnehmer/innen gut besucht.

Leider blieb dies im Jahr 2019 unser einziges Zusammentreffen mit Konferenzleiter Ischinger. Unser letztes internes Gespräch mit ihm fand im Herbst 2018 statt. Ein für Oktober 2019 bereits vereinbartes Gespräch wurde von Ischingers Büro aus Termingründen wieder abgesagt. Es fanden aber mehrere Termine mit **Dr. Franke**, dem Planer der Sicherheitskonferenz, statt: am 28. März und 8. Oktober 2019 und am 9. Januar 2020. Am dritten Termin nahm erstmals der (neue) Stellvertreter von Ischinger, Herr **B. Ruge** teil. Diese Termine dienten insbesondere der Nach- und Vorbesprechung der MSC selbst sowie des Munich Peace Meetings.



Munich Peace Meeting

Mit dem **Munich Peace Meeting** (MPM) am 2. Oktober 2019 haben wir – unterstützt von der Hochschule für Philosophie und der MSC – ein ganz neues Veranstaltungsformat initiiert. Im großen Vorlesungssaal der Hochschule

konnten für eine ganztägige Veranstaltung ca. 25 geladene Gäste aus den Bereichen Friedensforschung, Friedensbewegung, Friedensarbeit, Friedenspädagogik, kirchliche Hilfswerke, der Hochschule selbst, von MSKv und der MSC begrüßt werden. Unter der Anleitung von zwei professionellen Moderatoren wurden allgemeine und speziellere Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik debattiert. Es ergaben sich über 20 Anregungen für die Arbeit der MSC, die wir zusammengefasst wenige Tage danach im Gespräch mit Dr. Franke erneut einbrachten. Da beim MPM auch eine Vertreterin des Friedensgutachtens anwesend war, haben wir die Hoffnung, dass zumindest unser langjähriges Bemühen, dem Friedensgutachten der großen deutschen Friedensforschungsinstitute einen Platz auf der MSC zu verschaffen, nun endlich Erfolg hat. Eine Fortführung des MPM im Jahr 2020 ist angedacht.

Weniger erfolgreich waren wir mit dem **Side Event** für MSC-Teilnehmer/innen. Zur MSC 2015 hatten wir dem forumZFD erstmals Zugang für die Durchführung einer Seitenveranstaltung verschafft. Von 2015 bis 2018 fanden vier solche Veranstaltungen statt. Leider musste sowohl 2019 als auch 2020 die Vorbereitung des Side Events vom forumZFD abgebrochen werden. Allerdings planen zur MSC 2020 nun auch die kirchlichen Hilfswerke ein Side Event für MSC-Teilnehmer/innen zu einem Friedensthema (→ S. 11).

Für eine interessante Entwicklung halte ich das **Paris Peace Forum**, das von Präsident Macron initiiert erstmals 2018 zum 100. Jahrestag des Endes des 1. Weltkriegs stattfand. Wie die Münchner Sicherheitskonferenz ist sicher auch diese Veranstaltung von den allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen geprägt. Aber es wird bei dieser Veranstaltung in Paris doch auch manches umgesetzt, was wir von MSKv für eine

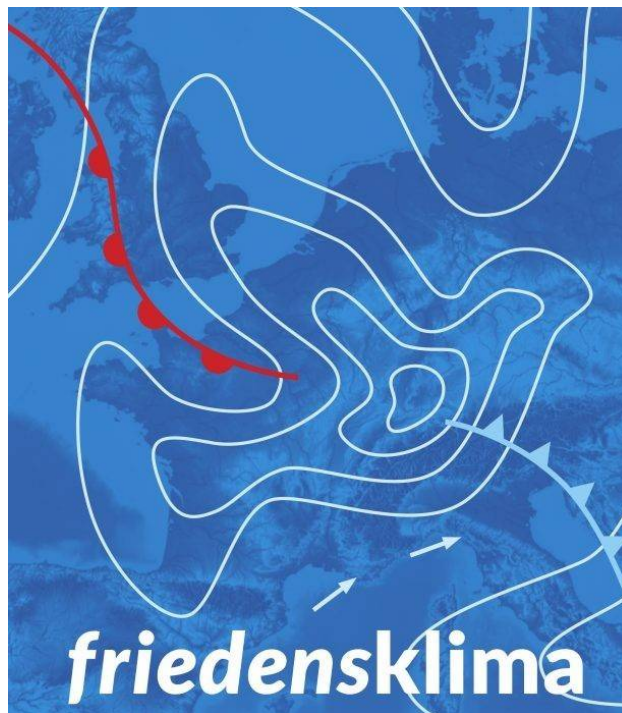
„Münchner Konferenz für Friedenspolitik“ erträumt haben: Thematische Schwerpunkte sind Frieden und Weltinnenpolitik; im Zentrum stehen nicht (nur) die üblichen Politiker/innen-Statements, sondern es werden Projekte von NGOs, die zu Bereichen wie Frieden und Sicherheit, Entwicklung, Umwelt u.a. einen Beitrag leisten, vorgestellt und in das Licht der Öffentlichkeit gerückt. Schade, dass so eine Veranstaltung nun in Paris und nicht in München stattfindet.

Vielleicht ergibt sich aber eine Zusammenarbeit zwischen dem Paris Peace Forum und der Münchner Sicherheitskonferenz?

Thomas Mohr

Friedensklima? - Kein Frieden in der Klimakrise!

Klimaschutz ist heute zum Glück zwar in aller Munde, auch die Medien berichten täglich von Demonstrationen, Konferenzen, neuen wissenschaftlichen Studien, Aufrufen, Warnungen der Umweltverbände, Krisensitzungen der Regierungen und Ministerbeschlüssen - alle zum Thema Klimaschutz. Und dennoch - kaum zu glauben - gibt es immer noch Klimaleugner, die hartnäckig behaupten, dass es keinen Klimawandel gäbe bzw. die Temperaturzunahme nicht vom Menschen verursacht sei. Die AfD und selbsternannte Meteorologen „glauben“ ebenso wie der amerikanische Präsident nicht den Befunden der überwältigenden Mehrheit der internationalen Wissenschaftler, die nicht mehr nur von einem Klimawandel, sondern von einer dramatischen **Klimakrise** sprechen. Diese wird hervorgerufen durch den weltweit immer noch zunehmenden Ausstoß von Treibhausgasen (vorwiegend CO₂ und Methan) der Industrie, des Verkehrs und der Haushalte, d.h. **durch Produktion und Konsum des Menschen**. Die Metapher „glauben“ verweist auf eine bekenntnishaft religiöse Dimension, dabei geht es schlicht um klare, nüchterne und **evidenzbasierte Tatsachen**, die einfach zur Kenntnis zu nehmen sind, auch wenn sie erdrückend und unbequem sind. Schon Al Gore, der frühere Vizepräsident der USA, wurde 2007 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet für seine Kampagne **„Eine unbequeme Wahrheit“**.



Auch die weltweit stattfindenden Demonstrationen der Bewegung **„Fridays for Future“** sind unbequem und klagen zu Recht uns Erwachsene, unseren Lebensstil, unsere Wirtschaft und die dafür verantwortliche Politik an. Vor der UN sagte **Greta Thunberg**: „Ganze Ökosysteme brechen zusammen. Wir stehen am Beginn eines Massensterbens. Und alles, worüber ihr reden könnt, ist Geld und Märchen vom ewigen Wachstum. Wie könnt Ihr es wagen!“

Das ist Anklage und zugleich die ungeschönte Analyse unserer Gegenwart: Wir führen einen **Krieg gegen die Biosphäre** und vernichten dabei die Grundlagen alles Lebens auf dieser Erde. Die Zerstörung betrifft alle Lebensbereiche und zeigt erschreckende Ausmaße, die durch untrügliche Indikatoren für jeden sichtbar sind: Temperaturzunahme, Pflanzensterben, Waldsterben, Rodung des Regenwaldes, Tiersterben, Gletschersterben, Eisschmelze

in Arktis und Antarktis, Meeresspiegelanstieg und Versauerung der Ozeane, Wüstenausbreitung, Extremwetterereignisse mit Sturm und Flut, Auftauen des Permafrostes, Wassermangel, Nahrungsmangel, Flucht und und und.

Deshalb wird unser Zeitalter als **„Anthropozän“** bezeichnet, eine mit der Industrialisierung beginnende Zeitspanne, die nicht mehr durch geologische Prozesse gekennzeichnet ist, sondern durch die zunehmenden Eingriffe des Menschen in die Natur, den Raubbau an Ressourcen, die Verwüstung und Vergiftung ganzer Ökosysteme mit der Ausrottung von Tier- und Pflanzenarten. Der Physiker Harald Lesch spricht von **„Kapitalozän“**, weil den Motor dieses Wachstumswahns die **Gier des Kapitalismus** und seiner Wirtschaft darstellt (Papst Franziskus: „Diese Wirtschaft tötet!“). Weltweit brauchen wir jetzt schon für unseren Lebensstil, unseren Ressourcenverbrauch 1.7 Erden, in Deutschland gar 3 Erden und die USA benötigen 5 Erden, wenn wir so weiterleben im Sinne von „business as usual“. Wir haben aber nur diese eine Erde, die auch noch für unsere Kinder und Enkel und zukünftige Generationen als Lebensraum erhalten bleiben muss.

Die **„planetarische Grenze“** der maximal zulässigen Temperaturerhöhung von 1,5 bis 2 Grad wurde durch das **Pariser Abkommen** nicht willkürlich festgelegt, sondern durch den **Weltklimarat** als kritische Obergrenze ermittelt, bei deren Einhaltung das Erdklima mit vertretbarer Wahrscheinlichkeit noch nicht vollständig instabil wird. Beim Überschreiten dieser Grenze können jedoch Teilsysteme der Biosphäre (sog. **Kippunkte**, wie z.B. arktische Eisschmelze, Amazonas-Regenwald, Permafrostwälder, Monsunsystem usw.) kollabieren und durch Rückwirkung auf andere Teilsysteme zu einem **Kollaps des gesamten Klimasystems** führen, dessen katastrophale Auswirkungen nicht mehr vorhersehbar sind. Bedenkt man, dass jetzt schon eine Temperaturerhöhung von ca. 1 Grad erreicht ist und alle Maßnahmen im Rahmen des Paris- Abkommens nach Aussagen der Wissenschaft nicht ausreichen werden, um die 1,5- bis 2- Grad-Grenze einzuhalten, wird deutlich, wie dramatisch die Situation ist und wie unzureichend die Klimaschutzmaßnahmen vieler Länder, auch Deutschlands, sind.

Fortsetzung S. 8 ►

► **Fortsetzung** von Seite 7:

Leider wird der Zusammenhang zwischen **Klimakrise und Militär**, d.h. Krieg und Frieden, noch zu wenig gesehen. Dabei warnen Studien, immerhin veranlasst auch vom Pentagon und anderen Militäradministrationen, vor den Auswirkungen der Klimakrise auf die **Einsatzfähigkeit der Armee**. Besonders bedrohlich erscheint den Generälen dabei der **Meeresspiegelanstieg** für die vielen Tausend amerikanischen Militärstützpunkte, weil Flugzeuge nicht starten können, wenn die Rollbahn unter Wasser steht und die Zufahrtsstraßen zu den Stationierungsorten überflutet sind.

Wie massiv aber das Militär selbst zur Klimakrise beiträgt, wird entweder verschwiegen, verdrängt oder verharmlost und ist in der Öffentlichkeit kaum bewusst. Die Millionen **Toten der Kriege** der letzten Jahrzehnte, damit einhergehend die **Verwüstungen und Verseuchungen ganzer Ökosysteme** durch Gifte (Agent Orange, Uranmunition) und Kampfmittel (Streumunition, Minen), sind leider nur eine Seite der traurigen Bilanz des Militäreinsatzes.

Rüstung tötet aber auch ohne Krieg! Die Produktion der Waffen und anderer militärischer Ausrüstung, der Unterhalt und die Versorgung der Militärstützpunkte, laufende Waffenteste, die permanenten Übungen und Einsätze der Soldaten mit Fahrzeugen, Flugzeugen und Schiffen, verursachen nicht nur einen ungeheuren Verschleiß an Ressourcen, sondern führen auch zu einem **Ausstoß an Treibhausgasen**, der unvorstellbar ist. Die US-Armee alleine erzeugt so einen CO₂-Ausstoß, der mit dem von ganz Schweden oder Dänemark vergleichbar ist, die Bundeswehr trägt zur Klimakrise so viel bei wie eine Großstadt mit 200.000 Einwohnern! Hinzu kommt, dass die enormen **Ausgaben für Rüstung**, weltweit 1,8 Billionen Dollar, für notwendige Klimaschutzmaßnahmen und für die Investition in erneuerbare Energien fehlen. Allein in Deutschland wurden im Jahr 2018 ca. 49 Mrd. Euro für Rüstung ausgegeben, dagegen nur 10,5 Mrd. Euro für erneuerbare Energien (Angaben von Greenpeace).

Weltweit befinden wir uns in einer erneuten **Aufrüstungsspirale**. Offenbar wollen sich die Nationen auch vor den Auswirkungen der **zunehmend begrenzten Rohstoffe** und der Zuspitzung der Klimakrise „rüsten“. Die Strategiepläne lassen daran keinen Zweifel, wenn dort von „**Sicherung der Handelswege und Rohstoffzugänge**“ die Rede ist.

Seit über 10 Jahren dokumentieren etliche Studien die **Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit**, dass mit einer **Zunahme kriegerischer Gewalt** zu rechnen ist. Für viele vom Klimawandel besonders betroffene Länder wird ein friedliches Zusammenleben dann nicht mehr möglich sein. Besonders eindringlich zeigt dies das Worst-Case-Szenario eines australischen Forscherteams von 2019 auf: „**Eine menschliche Zivilisation wie heute wird**

es 2050 schon nicht mehr geben“. Wenn mehr als **eine Milliarde Menschen umgesiedelt** werden müssen, wenn **Kriege wegen Migration, Wasser- und Nahrungsmittelknappheit** massiv zunehmen, muss auch mit der Gefahr irrationaler Regierungshandlungen selbst bis zu einem **Atomkrieg** gerechnet werden, so die Prognose.

Friedensklima? Bei all diesen düsteren Aussichten muss man eher zusehen, wie dunkle Wolken am Horizont dräuen und Friedenszeichen nur in ganz wenigen Sonnenstrahlen wahrnehmbar sind. Das darf kein Grund sein, die Hoffnung aufzugeben, im Gegenteil, die meisten wissenschaftlichen Studien kommen zu dem Ergebnis, dass nach wie vor noch **eine Chance besteht**, die Klimakrise zu begrenzen und damit **schlimmste Folgen zu verhindern**.

Konsequenter **Klimaschutz** bedeutet deshalb auch **Friedenspolitik!** Allerdings muss dieser **sofort, jetzt** und entschieden, tiefgreifend, nicht halbherzig geschehen. Dabei mitzuhelfen sind **alle verantwortlich**: Jeder **einzelne Mensch**, ob alt oder jung, mit seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten, aber natürlich vor allem auch die **Politik**, die den notwendigen Handlungsrahmen durch Gesetze, Verordnungen, Förderungen und Verträge schaffen muss. Auch die **Wirtschaft** und die **Verbände** haben die Möglichkeit, durch Eigeninitiative, kreative Innovation, aber auch durch **Protest und Widerstand** ein „Weiter so“ zu verhindern und damit einen Aufbruch in eine gerechtere, friedlichere, nachhaltigere und am Gemeinwohl orientierte Entwicklung zu wagen. Technokratische und wachstumsorientierte Wege, die das gegenwärtige Dilemma mit hervorgerufen haben, werden dabei keine Lösung der



Probleme herbeiführen.

Auch wenn es nur wenige sagen und es ungern gehört wird: In einer begrenzten Welt werden alle ein **begrenztes menschliches Maß** für einen **suffizienten Lebensstil** finden müssen. Suffizienz für die Gesellschaft bedeutet aber auch: achtsamer, begrenzter und sinnvoller Einsatz von Rohstoffen und Energie mit dem **Verzicht auf die unsinnige, verschwenderische und klimaschädliche Rüstung oder gar Kriege**. Das gilt in besonderem Maße für die **atomaren Waffen**. Schon deren Besitz und die Androhung des Einsatzes sind **unmoralisch und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit** (Aussage des Papstes in Hiroshima). Das sollte auf der Münchner Sicherheitskonferenz einmal mit aller Deutlichkeit thematisiert werden!

Erwin Schelbert

Der Schatten eines traumatischen Konflikts

In diesem Jahr hatte ich mich besonders auf die **Internationale Münchner Friedenskonferenz (IMFK)** gefreut: Die bundesweite Kampagne „Sicherheit neu denken“ (→ S. 4) sollte prominent präsentiert werden. Doch einen Monat vor dem geplanten Termin musste die Friedenskonferenz **abgesagt** werden. **Was ist passiert?**

Den Ausgangspunkt bildete ein Satz in einer E-Mail des OB-Büros (17.12.19): *„Wenn Sie damit einverstanden sind, wird in Vertretung des Herrn Oberbürgermeisters, Herr Stadtrat Marian Offman an der Veranstaltung teilnehmen und ein Grußwort sprechen.“* Verwunderung im Organisationsteam: Erstmals soll das Grußwort von einem – erst im Juli 2019 zur SPD übergetreten – CSU-Stadtrat übernommen werden. Offman war vor allem in Erinnerung geblieben, weil er sich mehrfach kritisch mit dem von der Stadt München geförderten Eine-Welt-Haus befasst hatte, so z.B. 2012 wegen einer Ausstellung zur NATO und 2017 wegen Gruppen, die zum israelisch-palästinensischen Konflikt arbeiten. Eine besondere Nähe Offmans zu den Anliegen der Friedenskonferenz war hingegen nicht bekannt.

Deshalb am nächsten Tag ein Anruf im OB-Büro, ob vielleicht eine andere Person für das städtische Grußwort zur Verfügung stehen könnte. Dort wurde Verständnis geäußert; man wolle weitersuchen. Doch die informelle Rückfrage erwies sich im Nachhinein als Fehler: Eine Höflichkeitsfloskel („Wenn Sie damit einverstanden sind ...“) wurde mit einem echten Angebot verwechselt. Dies bildete den Auslöser für die nun folgende Lawine. Denn die Causa Grußwort war leider nicht mehr auf informeller Ebene angesiedelt. Offman erhielt – so berichtete später die taz – während einer Stadtratssitzung aus dem OB-Büro eine E-Mail: Er sei eingeladen worden. *„Ich war völlig perplex.“*, zitiert ihn die taz (14.1.20). In den folgenden Tagen wandten sich zwei Lokaljournalisten an das IMFK-Büro. Deren Anfragen hätte man wohl besser nicht beantwortet. Sie führten zu einem ersten Presseartikel (SZ 24.12.19). Das Grundmuster dessen, was nun folgen sollte, ist hier vorgezeichnet: *„Dass die Veranstalter ausgerechnet den einzigen jüdischen Stadtrat »offensiv ausladen«, wenn es um die Friedensthematik gehe, hat für ihn durchaus etwas mit Antisemitismus zu tun.“*, wird Offman wiedergegeben. Damit war der Konflikt öffentlich – und wurde in den Medien fortan als Konflikt um die BDS-Kampagne interpretiert.

Gerade kurz vor und während der Weihnachtstage stand für gemeinsame Entscheidungsprozesse im überwiegend ehrenamtlich arbeitenden Trägerkreis leider nicht genügend Kapazität zur Verfügung. So versäumte man es auch, bevor das Thema öffentlich wurde, den direkten Kontakt mit Stadtrat Offman zu suchen.

In der Folge spitzte sich der Konflikt zu: Ein Gesprächsan-

gebot des Trägerkreises (4.1.20) wurde von Offman abgelehnt (8.1.). Ein weiterer SZ-Artikel erschien (9.1.). Daraufhin gingen im IMFK-Büro eine Hassmail und ein anonymer Anruf ein. IMFK schrieb einen offenen Brief an den OB (10.1.). Das Kulturreferat der Stadt forderte *„eine offizielle Stellungnahme“*, um die *„Voraussetzungen für die Förderung der Veranstaltung“* zu überprüfen (10.1.). OB Reiter vermisste eine Rücknahme der Ablehnung des Grußworts und empfand das als *„Affront gegenüber der Stadt, aber auch mir persönlich als Oberbürgermeister“* (13.1.).

Als MSKv-Vorsitzender schrieb ich nun an den Trägerkreis: *„Auch kontroverse Stimmen zu Wort kommen zu lassen, entspricht dem Ansatz eines kritischen Dialogs, wie wir ihn als Projektgruppe MSKv seit Jahren mit der Münchner Sicherheitskonferenz führen. Wir sprechen uns deshalb dafür aus, das angebotene Grußwort der Stadt durch Herrn Offman anzunehmen.“* (14.1.) Am gleichen Tag berichtete die taz unter der Überschrift: *„Israelbezogener Antisemitismus. Jüdischer Stadtrat ausgeladen“*. Spätestens jetzt hatte der Konflikt bundesweite Relevanz. Beim Trägerkreistreffen (14.1.) entschied man sich, das Grußwort von Stadtrat Offman doch anzunehmen. Schließlich beschloss man aber, die Veranstaltung abzusagen: *„Wir haben keine Kapazität, die Friedenskonferenz vorzubereiten und gleichzeitig diesen Konflikt für alle zufriedenstellend zu lösen.“* Ein störungsfreier Ablauf der IMFK sei nicht mehr zu gewährleisten (16.1.).

Obwohl gar nicht auf dem Programm, hatte der israelisch-palästinensische Konflikt seinen Schatten auf die Konferenz geworfen. Dieser Konflikt ist einer der weltweit schwerwiegendsten und seit über 70 Jahren ungelöst. Zu seiner Vorgeschichte gehört die Judenvernichtung durch das nationalsozialistische Deutschland. Ängste, Traumata, Vernichtungsgefühle, Schuldgefühle und Gefühle der Ausweglosigkeit spielen bei den Beteiligten – Deutschen, Juden, Palästinensern, Arabern – eine gewichtige Rolle. Die psychologische Weitergabe solcher Gefühle über Generationen ist bekannt. Sie kann dazu führen, sich jetzt endlich „richtig“ verhalten bzw. auf der „richtigen“ Seite stehen zu wollen. Manche wollen nie mehr Opfer sein, andere nie wieder schuldig. Doch auf diesem Weg können sich unbewusst die ererbten Täter-Opfer-Szenen wiederholen, da im Hintergrund schwere Verletzungen, Kränkungen und Traumatisierungen stehen.

Selbstverständlich können wir hier diesen traumatischen Konflikt nicht lösen. Es wäre aber wünschenswert, dass wenigstens die gemeinsame Bearbeitung des Konflikts zwischen IMFK und Offman bzw. der Stadt München gelingt.

Thomas Mohr, Psychoanalytiker

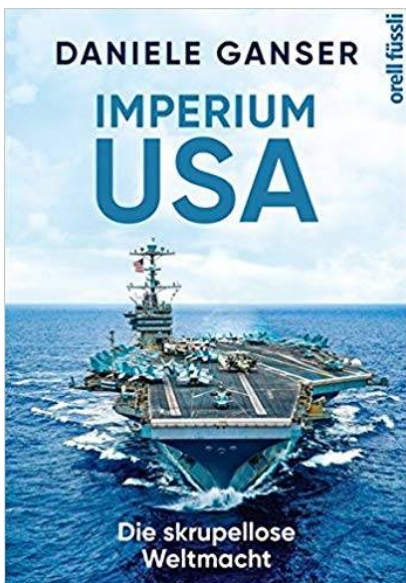
Die NATO—nicht hirntot, sondern paranoid

„To keep the Sovietunion out, the Americans in and the Germans down!“ Das sei der Zweck der NATO! Diese Aussage des ersten Generalsekretärs des Nordatlantischen Bündnisses *General Hastings Lionel Lord Ismay* - heute *Sovietunion* durch *Russians* zu ersetzen - steht damit ganz in der Tradition US-amerikanischen Hegemonialbestrebens, was die Verhinderung einer großen eurasischen Landmacht bedeutet. *George Friedmann*, Sicherheitsberater und Stratfor-Gründer, konstatiert 2015 vor dem Chicago Council on Global Affairs, es sei bereits seit 1871 das Bestreben der USA gewesen, ein Zusammengehen Deutschlands mit Russland zu verhindern. Da Deutschland bis heute ein Unsicherheitsfaktor in der US-Weltpolitik sei, wäre es das Beste, wenn es ein Vasall der USA bleibe und gegen Russland militärisch in Stellung gebracht würde. Und wirtschaftlich fürchtet man die Konkurrenz: für die USA sei es ein Problem, wenn deutsche Technologie und russische Ressourcen zueinander fänden.

Ganz anders der Tenor der Erklärungen der Charta von Paris: „In aller Interesse liegt es, die Beziehungen zwischen den Nationen auf Achtung und Zusammenarbeit zu gründen, Unterstützung der UNO, Stärkung ihrer Rolle bei der Förderung von Frieden, Sicherheit und Gerechtigkeit in der Welt, sowie Ländern, die den Übergang zur Marktwirtschaft anstreben, zum Erfolg zu helfen... und: Sicherheit ist unteilbar...Wir verpflichten uns daher, bei der Festigung von Vertrauen und Sicherheit untereinander sowie bei der Förderung der Rüstungskontrolle und Abrüstung zusammenzuarbeiten.“ Das war 1990 - Ende des Kalten Krieges! Doch in den 30 Jahren nach diesem hoffnungsvollen Aufbruch gärt im West-Ost-Verhältnis ein neuer Kalter Krieg, der droht ein heißer zu werden.

Americans in:

In den 30 Jahren nach diesem hoffnungsvollen Aufbruch



hat es eine unübersehbare Kehrtwende gegeben: während die sowjetischen Truppen abgezogen wurden, befinden sich US-Truppen weiterhin in Deutschland;

Ramstein, Hauptquartier der US-Airforce, über das gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz syrische Rebellen mit Waffen versorgt wurden; Büchel, wo US-Atomwaffen lagern; in Stuttgart-

Vaihingen das EUCOM, Verantwortungsbereich für alle militärischen Aktionen in Europa, das AFRICOM für Mili-

täroperationen auf dem afrikanischen Kontinent. Und alles unter dem Schutz der Immunität!

Russians out:

Amerikanische Wirtschaftssanktionen hindern den versprochenen Wohlstand für alle; Austritt der USA aus Abrüstungsverträgen (ABM und INF); die Angebote von Seiten Russlands für die Arbeit an einer gemeinsamen Sicherheit blieben von den westlichen Mächten unerwidert: angefangen mit Gorbatschows *Gemeinsamen Haus*, über russische Initiativen, wie z. B. Moratorien für die Aufstellung von Kurz- und Mittelstreckenraketen zu beschließen oder Vorschläge für eine Abstimmung über die Verhinderung des Wettrüstens im All bis hin zum Vorschlag des russischen Außenministers Lawrow vor der 74. UN-Vollversammlung im September, den demnächst auslaufenden New START-Vertrag zu verlängern. (Was übrigens vom Kongress befürwortet und dem Weißen Haus dringend nahegelegt wird!)

Was aber macht die westliche „Wertegemeinschaft“? Unter Führung der USA rückt die NATO bis an die Grenzen Russlands vor; sie plant das Manöver *Defender 2020* mit 37000 Soldaten, z.T. zusammen mit Kriegsgeräten aus den USA eingeflogen, eine gigantische Kriegssimulation, um vor Russland militärische Stärke zu demonstrieren - und das am 8. Mai 2020, dem 75. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Naziregime unter wesentlicher Beteiligung der Roten Armee.

Germans down:

Die Bundesregierung nickt alles brav ab, was der große Bruder will: trotz Abzugsversprechen lagern die Massenvernichtungswaffen immer noch auf deutschem Boden, von dem ja bekanntlich nie wieder Krieg ausgehen soll; der Atomwaffenverbotsvertrag wird, den USA folgend, nicht unterschrieben; gehorsam wird der Wehretat schrittweise auf die von der NATO geforderten 2% des BIP erhöht, damit die um den Ressourcenzugriff und Marktöffnung auf dem ganzen Globus ringenden USA weiter ihre völkerrechtswidrigen Regime-Change-Kriege führen können und die Bundeswehr hilft mit!

Auch auf EU-Ebene hat unsere deutsche Kommissionspräsidentin im Geiste der NATO-Mission und für Kontinuität im Russland-Bashing gesorgt: der neue Kommissar für Außenpolitik *Josep Borrell*: „Russland, unser alter Feind, (ist) mal wieder eine Bedrohung geworden.“

Dank der transatlantisch orientierten Leitmedien bleibt ein Aufschrei in der Bevölkerung aus!

Und Russland wird diesen Provokationen nicht taten- auch nicht waffenlos zusehen! Putin ist nicht Gorbatschow!

Wie geht die MSC mit diesen unwiderlegbaren Fakten um?

Mechthild Schreiber

SICHERHEIT NEU DENKEN

Pragmatisch umgesetzt in der Zentralafrikanischen Republik

Die Impulse zum VERÄNDERN der MSC ergänzen sich in diesem Jahr durch ein besonderes Side Event: Das katholische Netzwerk „Frieden Leben. Partner für die Eine Welt“ bietet mit einer spannenden Delegation aus der Zentralafrikanischen Republik den Teilnehmer*innen der Konferenz einen wichtigen Reflexionsraum: in diesem unter Bürgerkrieg, Warlord-Milizen und jahrzehntelanger Diktatur leidenden Land machen es uns mutige Menschen vor, dass es einer Sicherheitspolitik mit neuen Ansätzen und Beteiligung der Zivilgesellschaft bedarf, um sich nachhaltig aus einer Kriegssituation in eine gerechte Friedensgesellschaft zu entwickeln.

Ausbildung von Friedenskompetenz bei den Sicherheitskräften und in der Zivilgesellschaft

Seit 2016 öffnet sich das Verteidigungsministerium einem Programm der Interreligiösen nationalen Plattform, die als wichtigster Teil der Zivilgesellschaft am Wiederaufbau des sozialen Zusammenhalts in diesem zerrütteten Land mitwirkt. Die mittlere Führungsebene der Streitkräfte und der Nationalen Polizei wird in speziellen Kurseinheiten ausgebildet in

Friedenskompetenz und Deeskalationstechniken. Danach coachen afrikanische Friedensfachkräfte die Einsatztruppen in den Provinzen und Landesteilen, in denen bis heute oft noch Warlords und ihre Terrormilizen die Bevölkerung plündern, missbrauchen und töten.

Frau Verteidigungsministerin und der katholische Kardinal des Landes, zusammen mit dem Vorsitzenden Imam des Nationalen Muslimischen Rates der Zentralafrikanischen Republik, zeigen auf der Sicherheitskonferenz in ihrem Side Event auf, wie sich in der Zusammenarbeit mit einer engagierten und wertegeleiteten Zivilgesellschaft eine alternative Sicherheitspolitik und Sicherheitsstrategie entwickeln lässt und umsetzt.



Basistrainingskurse in Bangui: Nationale Gendarmerie

Frieden schaffen ohne Waffen: aktive Gewaltfreiheit wird aus Deutschland unterstützt

Friedensarbeiter*innen im Team der Entwicklungs-Agentur für Projektberatung, Training und Evaluierung (APTE) aus Regensburg steuern den Einsatz gewaltfreier Krisenintervention in Zentralafrika. Im Gegensatz zu allen prekären militärischen Interventionen Frankreichs und der Internationalen Gemeinschaft, insbesondere der EU-Streitkräfte, agiert das Programm INOVARCA (Gewaltfreie schnelle Krisenintervention für Deeskalierung und Versöhnung) als zivile und gewaltfreie Intervention in Zentralafrika. Afrikanische Friedensfachkräfte leben und arbeiten an der Seite lokaler Aktivist*innen solidarisch zusammen. Das Programm ist Bestandteil der Friedensstrategie der Interreligiösen Plattform. Mit ihm zeigt die Zentralafrikanische Republik, dass gewaltfreie Konfliktbearbeitung und Handeln zwischen den Fronten die Spirale der Gewalt brechen, Auseinandersetzungen schlichten und Frieden schaffen kann.



Architektur-entwurf „Nationale Friedens- und Mediations-Akademie“, Bangui

Religion als Friedensfaktor statt als ideologische Rechtfertigung von Gewalt und Vernichtung

Mitten im Bürgerkrieg 2012-2014 hat sich aus dem charismatischen Handeln des katholischen Kardinals und des Vorsitzenden Imams des Nationalen Muslimischen Rates die Interreligiöse Plattform (PCRC) gegründet. Hier organisieren sich interreligiöser Dialog und friedensbildende (Versöhnungs-)Aktionen auf nationaler und lokaler Ebene. Immer geht es darum, die manipulative Vereinnahmung von Religion durch Kriegsherren und Politik aufzudecken und zu denunzieren. Der immanente Friedensauftrag aller Religionen ist unversöhnbar mit der religiösen Verbrähmung von Gewalt und Willkürherrschaft, mit der sich die Kriegstreiber zum persönlichen Vorteil an den Rohstoffen des Landes bereichern. „Mit vorgehaltener Kanone kann man ein Land politisch nicht leiten und keine krisen- und konfliktkompetente Gesellschaft gestalten“, so Kardinal Nzapalainga erneut zu Beginn dieses Jahres. Deshalb geht es der Interreligiösen Plattform auch darum, mit ihren unzähligen Aktionen der Mediation und der Versöhnung Hass, Feindschaft und Rache Paroli zu bieten. Wenn viele kleine Menschen an vielen kleinen Orten Frieden tun, dann wird sich das Gesicht der Zentralafrikanischen Republik verändern.



Wirklicher Friede bedeutet auch wirtschaftliche Entwicklung und soziale Gerechtigkeit, bedeutet Schutz der Umwelt, bedeutet Demokratie, Vielfalt und Würde und vieles, vieles mehr.

*Kofi Annan,
Diplomat und ehem. Generalsekretär der Vereinten Nationen*

Wir über uns

Unsere Vision ist eine Münchner Konferenz für Friedenspolitik, ein Forum fairer globaler Zusammenarbeit, von dem Initiativen für eine gerechte, ökologische und gewaltfreie Weltinnenpolitik ausgehen.

Unser Weg heißt Gewaltfreiheit und Dialog. Wir geben Impulse und suchen das Gespräch mit den Veranstaltern, Förderern und Teilnehmern der Sicherheitskonferenz sowie der interessierten Öffentlichkeit.

Unsere Organisation: Die Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein, der in seiner Arbeit durch interessierte Personen aus Münchner Friedensgruppen verstärkt wird.

Unsere Kooperationspartner: Die Projektgruppe wird finanziell gefördert durch die Pax-Christi Bistumsstelle der Erzdiözese München und Freising und arbeitet bei Einzelveranstaltungen mit der Petra-Kelly-Stiftung zusammen. Wir arbeiten im Trägerkreis der Internationalen Münchner Friedenskonferenz mit und kooperieren mit der Hochschule für Philosophie München, dem forumZFD, APTE u.a. Wir unterstützen die Kampagne "Sicherheit neu denken" und den Aufruf zur Anti-Siko-Demo 2020.

Wir und die Anderen: Die verschiedenen Aktionsformen der Münchner Friedensbewegung – Demonstrationen, Friedenskonferenz, Friedensgebet, Dialog – sehen wir als sich ergänzende Säulen, die die kritische Auseinandersetzung mit der derzeitigen Sicherheitskonferenz tragen.

Spenden: Wir brauchen die Unterstützung der interessierten Öffentlichkeit, also von Ihnen. Das kann durch ideelle (Mitarbeit) und durch **finanzielle Förderung** geschehen: **Ihre Spende an uns** ist steuerlich absetzbar.

Rückmeldung: Wir freuen uns über Ihre Meinung durch Rückäußerungen, auch in kritischer Form!



Termine parallel zur Sicherheitskonferenz

Die Friedenskonferenz IMFK wurde 2020 leider abgesagt.

Hintergrund dazu: www.friedenskonferenz.info

Sonntag, 9.Feb.2020, 11:30 Uhr

Friedensgebet der Religionen

Pfarrsaal St. Anna, Lehel (U-Bahn-Station Lehel)

Freitag, 14.02.2020, 13.00 - 18.00 Uhr und

Samstag, 15.02.2020, 13.00 - 18.00 Uhr

Beten für den Frieden während der Münchner Sicherheitskonferenz

Bürgersaalkirche (Unterkirche), Neuhauser Str. 14, München, www.erzbistum-muenchen.de

Samstag, 16.Feb.2019, 13:00 Stachus/Karlsplatz

Kundgebung und Demo gegen die Sicherheitskonferenz

Schlusskundgebung, 15 Uhr, Marienplatz

www.sicherheitskonferenz.de

Samstag, 16.02.2020

Shadow Munich Security Conference

mit verschiedenen Workshops

Kammerspiele Kammer 2, Falckenbergstr. 1, München

www.muenchner-kammerspiele.de

Sonntag, 16.Feb.2020, 15:00 Uhr, Podium

„Nach der Sicherheitskonferenz“

mit Konferenzbeobachter*in von MSKv u.a.

Presseclub, Marienplatz 22, München

www.petrakellystiftung.de

Impressum: Projektgruppe „Münchner Sicherheitskonferenz verändern“ e.V.

Vorstand: Dr. Thomas Mohr, Mechthild Schreiber, Anja Ufermann

Die Artikel bringen jeweils die persönliche Meinung der Autorin/des Autors zum Ausdruck.

Schubaurstr. 10 b, 81245 München, Telefon 089/88952871, Email: vorstand@mskveraendern.de, www.mskveraendern.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25.1.2020

ViSdP Erwin Schelbert

Bank: Stadtparkasse München, IBAN: DE23 70150000 0000 4163 70, BIC: SSKMDEMXXX

Druck: Ulenspiegel Druck GmbH & Co, 100% Recyclingpapier, FSC-Siegel, klimaneutral